

Fragen an die Kandidat*innen für die OB-Wahl: Die Antworten von Anja Pfeiffer

Seit dem Oktober 2019 gibt es den Inklusionsbeirat der Stadt Kaiserslautern. Was wissen Sie über uns und unsere Aufgaben?

Satzung: „Zur Verwirklichung einer umfassenden Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung und zur Wahrnehmung der Interessen der behinderten Einwohnerinnen und Einwohner wird ein Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung (Inklusionsbeirat) gebildet.“

Zudem kenne ich die Aufgaben des Inklusionsbeirates aus der vorherigen Tätigkeit aus Weilerbach: gerne habe ich auf das Expertenwissen zurückgegriffen bei der Planung/Umbau von Gebäuden oder auch der Straßenplanung! Beeindruckt hat mich auch unsere gemeinsame Begehung des Rathauses/Umfeld! Es gibt (leider) viel zu tun!

Die Konstituierung eines Inklusionsbeirats war Teil des „Aktionsplans Inklusion–für Kaiserslautern“. Was wissen Sie über den Aktionsplan?

Die UN-BRK hat den Menschen mit einer Behinderung nach vielen Jahren der Beratung endlich den Rücken gestärkt. Gleichwohl war und ist die Umsetzung dieser Selbstverpflichtung der BRD nicht so einfach.

Betroffene und ihre Interessenverbände mussten sich und müssen sich auch heute noch einbringen. Und das ist gut so, damit das Ziel der Inklusion irgendwann erreicht wird. In der Satzung des Inklusionsbeirats steht, dass dieser darauf zu achten hat, dass der Aktionsplan sowie die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Kaiserslautern adäquat umgesetzt werden. Wissen Sie welche Rechte beeinträchtigter Menschen in der UN-BRK verankert sind? Welche Rechte bereits in Bundes- und Landesgesetze umgesetzt wurden?

Gesetze und Satzungen sind das eine, die Umsetzung das andere. Mir ist bewusst, dass das Ziel noch lange nicht erreicht ist.

Beim Thema Inklusion und Barrierefreiheit gibt es noch einiges zu tun. Barrierefreiheit im ÖPNV ist zum Beispiel mittlerweile gesetzlich verankert. Es hapert aber bei der Umsetzung. Ähnliches gilt für die Zugänglichkeit und Nutzung öffentlicher Räume und Einrichtungen. Welchen Stellenwert haben für Sie diese Themen und bis zu welchem Zeitraum können wir mit einer Umsetzung einer weitgehenden Barrierefreiheit im Verantwortungsbereich der Stadt Kaiserslautern rechnen?

Als künftige Oberbürgermeisterin werde ich auch dem Aufsichtsrat der SWK Verkehrs AG vorstehen, die für die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtung zuständig ist. In der Vergangenheit wurde nur zögerlich mit Hinweis auf die Kosten getan, was ich für falsch halte, trotz des jährlichen Defizites des ÖPNV in Millionenhöhe. Hier möchte ich mich für eine deutliche Verbesserung der Erfüllungsquote einsetzen. Ein konkreter Vorschlag meinerseits habe ich bereits für unsere Stadtteile eingebracht. Leider werden diese öfter „vergessen“.

Aus dem Landkreis und auch aus meiner früheren Verbandsgemeinde kenne ich die Bürgerbusprojekte sehr gut. Ich bin zudem Gründungsmitglied des Bürgerbusvereins in Weilerbach und habe das weitere Projekt des Bürgerbusses als „Anrufbus“ in der gesamten Verbandsgemeinde umgesetzt. Ich halte dies ein ganz wichtiger Baustein des ÖPNV – aber auch des Mobilitätskonzeptes: denn ältere und gehbeeinträchtigte Menschen können einfach oftmals nicht

mehr den üblichen Busbetrieb nutzen – die Wegstrecken sind zu weit, zu beschwerlich – und mit Einkäufen nicht zu bewältigen.

Ich würde mich freuen, wenn wir ein solches Angebot – insbesondere für die Stadtteile umsetzen könnten – ggf. über die Finanzierung der Bürgerhospitalstiftung. Damit ältere Menschen auch weiterhin zu Hause wohnen bleiben können – und dennoch nicht nur auf fremde Hilfe angewiesen sein müssen, sich etwas Eigenständigkeit erhalten dürfen – und am gesellschaftlichen teilnehmen können.

Menschen mit Beeinträchtigung, die in den vielen Fällen auf Sozialleistungen angewiesen sind, finden in Kaiserslautern sehr schwer für sie finanzierbaren Wohnraum. Wie werden Sie dieses Problem angehen?

Die Sozialraumquote muss deutlich erhöht werden. Das geht auch in KL nur mit Hilfe des Bundes und des Landes. Da werde ich mich auch weiterhin einbringen. Außerdem werde ich in der Verwaltung prüfen lassen, welche öffentlich geförderte Wohnung fehlbelegt sind, was seit Jahren versäumt worden ist. Zudem benötigen wir mehr NILS Projekte der BauAG: Bännjerrück, Betzenberg und Pfaffgelände sind bereits angedacht! Und ich erhoffe mir über die Umsetzung des PassivHaus-SozialPlus-Konzeptes, welches ja bereits im Sozialausschuss beschlossen wurde, hier weiteren Wohnraum anbieten zu können!

Ein weiterer Punkt ist die Neuordnung der Prekären Wohnverhältnisse. Auch dies wurde bereits dort auf meinen Vorschlag hin beschlossen!

Was werden Sie dafür tun, dass die Bedarfe beeinträchtigter Menschen in der Verkehrs- und Stadtplanung berücksichtigt und mitgedacht werden?

Hier bin ich auf die Mithilfe der Betroffenen angewiesen und erwarte konkrete Vorschläge. Damit diese auch in der Verwaltung ankommen habe ich die Absicht, die von dem Alt-OB Deubig eingeführte Regelung wieder zu beleben, sämtliche Bau- und Verkehrsmaßnahmen dem Inklusionsbeirat zur Stellungnahme vorzulegen. Dies kenne ich auch so aus Weilerbach!

Bei der Begehung/Berollung des Rathauses zur Überprüfung der Barrierefreiheit wurde festgestellt, dass ausgerechnet das Referat Soziales, das wichtiger Anlaufpunkt zur Beratung und Antragstellung ist, das Gebäude mit den meisten Barrieren ist. Wie wollen Sie dieses Problem lösen und bis wann?

Auf diese Problematik weise ich regelmäßig im Stadtvorstand hin. Hier sehe ich die einzige Möglichkeit darin, die Verwaltungen umzuorganisieren. Weitere Vorschläge, hier in angebotenen Büroraum umzuziehen oder in Neubauprojekte umziehen zu können, wurden bislang leider abgelehnt! Dies ist eine Frage, welche unbedingt zeitnah mit den Entscheidungen der Rathaussanierung entschieden werden müssen! Ich begrüße den Berichtsantrag der „Linken“, um hier den aktuellen Bearbeitungsstand nochmals darzustellen. Bis wann? Ich hoffe gestern!

Ein wichtiger Punkt im Umgang mit beeinträchtigten Menschen und dem Erkennen von Barrieren ist Sensibilisierung. Was werden Sie tun um in der Stadtgesellschaft, der Verwaltung und bei politischen Entscheidungsträger*innen ein höheres Maß an Bewusstsein für die Bedarfe beeinträchtigter Menschen zu erreichen?

Hier appelliere ich an die Betroffenen, sich politisch einzubringen und in den demokratischen Parteien zu engagieren. Dies würde auch meinem Verständnis von Inklusion entsprechen.

Mir ist bei der Schulbegehung direkt der Nicht-bau des Aufzuges in der Geschwister-Scholl-Schule aufgefallen. So etwas darf einfach nicht passieren! Ich kann dies nach wie vor nicht nachvollziehen. Ebenso unverständlich ist die Tatsache, dass seit Jahren über ein barrierefreies, rollstuhlgerechtes WC im Rathaus diskutiert wird... Und als ich mit Laura Balzer im Rollstuhl versucht habe in der Stadtmitte voranzukommen, wurde mir erst bewusst, welche tatsächliche Hürden, ein kleiner Bordstein darstellen können.

Daher: tatsächlich erleben, was dies bedeutet, ist der erste Weg, dies auch zu erkennen!

Partizipation ist ein Menschenrecht. Wie stehen Sie persönlich dazu und wie haben Sie vor das Recht auf Partizipation von Privatpersonen in allen Lebensbereichen in der Stadt umzusetzen? (Dazu zählt nämlich auch gegen Diskriminierungen vorzugehen.

Das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (agg) schützt vor Diskriminierung durch Privatpersonen etwa im Arbeitsleben oder bei der Wohnungssuche.) Unser Grundgesetz gibt schon die Vorgabe und Folgegesetze regeln Details. Wichtig ist, dass Betroffene sich bei der Verletzung von Gesetzen auch wehren, auch mit Hilfe von Assistenten und auch Rechtshilfe in Anspruch nehmen.

Sind Sie bereit politische Partizipation, das Recht auf Mitgestaltung der öffentlichen Angelegenheiten, welche in der AEMr (Erklärung der Menschenrechte) im Artikel 21 Absatz 1 verankert sind, für Wahlen und Abstimmungen und das Recht auf Zugang zu öffentlichen Ämtern zu stärken und wie sieht das im Detail aus? (das betrifft u.a. die Arbeit mit uns als Beirat und dessen Stellenwert).

Eindeutig ja! Auf meine obigen Ausführungen darf ich verweisen.

Behinderung ist keine (defizitäre) Eigenschaft einer Person, sondern eine Form von gesellschaftlicher Ausschließung. Wie sehen Sie Ihre politische Verantwortung und Ihr wirken im Hinblick auf Haushalt und steigender Inflation dieser Ausschließung entgegen zu wirken in Kindergärten, Schulen, ÖPNV, Zugängen zu öffentlichen Ämtern und Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge? Viele Menschen mit Behinderungen sind in Folge dessen auch von Armut betroffen. Welche konkreten Hilfen können Sie als Stadtoberhaupt diesen Menschen anbieten?

Die derzeitige Situation durch bekannte Weltkrisen und die immer noch angespannte Haushaltslage geben wenige oder keine Spielräume. Hoffnung auf Verbesserung der Finanzsituation sehe ich darin, dass das Land die vom Verfassungsgericht geforderte bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen zeitnah und ordentlich umsetzt.

Wie stehen Sie zur Inklusion in KiTas und Schulen? Die UN-BRK sieht vor, dass Kinder und Jugendliche in allen Einrichtungen inkludiert werden und sie und ihre Eltern die freie Wahl haben in welche Einrichtung sie gehen können. Dies hieße auch, dass jede Schule und KiTa zur inklusiven Einrichtung wird und integrative Einrichtungen und Förderschulen perspektivisch nicht mehr benötigt werden.

Die UN-BRK macht Vorgaben die zu beachten sind. Hier liegt die Zuständigkeit allerdings beim Land, auch was die finanzielle Ausstattung angeht. In der Stadt KL bin ich froh und dankbar, dass einige Verbände, wie die Lebenshilfe Westpfalz, Schulabgängern Arbeit in Inklusionsbetrieben anbieten und ordentlich bezahlen.

Letztendlich haben meiner Auffassung nach, die bisherigen Einrichtungen (noch) Ihre Daseinsberechtigung. Nicht jedes Kind/Schüler/in kann in den Regeleinrichtungen optimal

gefördert werden. Die Menschen, welche sich in unseren Kitas und Schulen engagieren und arbeiten, erfüllen meinem Erachten nach eine wunderbare Arbeit und Aufgabe. Daher: ein theoretisches Ziel, welches nicht allen Hilfebedarfen gerecht werden kann. Zumindest derzeit noch nicht.

Welche persönlichen Berührungspunkte haben Sie zu dem Thema Inklusion? Gibt es in ihrem persönlichen Umfeld Personen die eine körperliche, psychische, seelische oder kognitive Beeinträchtigung / Behinderung haben?

Tatsächliche Berührungspunkte bezüglich Einschränkungen hatte ich z. B. als ich mit meinem Sohn im Kinderwagen/Buggy unterwegs war. Dort dachte ich schon immer, wie schwierig das ist, wenn man immer auf einen Rollstuhl/Rollator angewiesen ist. Da wird ein Bordstein, eine Treppenstufe oder ein kaputter Aufzug zum teils unüberwindbaren Hindernis. Insbesondere über parkende Autos auf Gehwegen – auch nur mit einem Rad - habe ich mich sehr geärgert. Es ist wirklich eine Zumutung auf die Straße ausweichen zu müssen – sehr gefährlich auch für kleine, radfahrende Kinder!

Da gab es auch kein Pardon bei Verwarnungen geben! Viele machen sich einfach keine Gedanken darüber – bis man selbst betroffen ist. Ein weiterer Punkt, ist die Erkrankung meines Mannes – da sind wir als Familie betroffen – auch wenn er nicht auf Rollstuhl/Gehilfe angewiesen ist – es wird einem jedoch immer selbst bewusst, welche Hürden einfache Wegstrecken sein können.

Was würden Sie von einer Oberbürgermeisterin / einem Oberbürgermeister erwarten, wenn Sie selbst eine Behinderung hätten?

Hier denke ich an Wolfgang Schäuble und nehme ihn mir als Vorbild! Niemals aufgeben! Wie würden Sie mit dem Inklusionsbeirat zusammenarbeiten, wenn Sie die Wahl gewinnen sollten? Der Inklusionsbeirat ist für mich Teil der Verwaltung und würde auch so behandelt.